

# Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 122 | Apr– Juni | 2007

Leitartikel

## Flexicurity: Die soziale Sicherheit muss gesichert werden!

**D**ie Lissabonner Agenda aus dem Jahr 2000 legte das wirtschaftliche Ziel der EU als Vollbeschäftigung fest, die auf Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, qualitativ hochwertigeren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt beruht.

Seit einigen Jahren ist klar ersichtlich, dass diese Zielsetzungen nicht erreicht werden. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch, und wirtschaftliche, auf die Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Strategien, haben die soziale Ausgrenzung nicht verringert. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass die EU-Armutsraten in den Jahren seit Lissabon inakzeptabel hoch blieben.

Bewertungen der Lissabonner Strategie konzentrieren sich weiterhin auf die Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit und tendieren dazu, einen übermäßigen Sozialschutz für das Scheitern der Lissabonner Ziele verantwortlich zu machen.

An diesem toten Punkt der Politik angelangt, wird jetzt Flexicurity als Lösung gepriesen, die auf elegante Weise eine radikale Liberalisierung des Arbeitsmarktes mit der Aufrechterhaltung des europäischen Sozialmodells verbindet. In Ländern mit einem starken sozialen Sicherungssystem, wie etwa in Dänemark, der Heimat der Flexicurity, spricht einiges für dieses Argument. Die öffentliche Debatte über Flexicurity hat sich zwar große Mühe gegeben, alle Lockerungen zu nennen, die auf dem Arbeitsmarkt eingeführt werden müssen, doch war man im Falle der sozialen Sicherungselemente, die gestärkt und ausgebaut werden müssen, viel weniger konkret. Tatsache ist, dass die „Absicherung der Übergangszeiten“ zwischen zwei Jobs, von der Ausbildung zur Arbeit oder von der Arbeitslosigkeit in die Arbeit von der Stärke der sozialen Sicherungssysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten bestimmt sein wird. Diese müssen in jedem Stadium verhandelt und garantiert werden. Solange keine klare Richtung auf der sozialen Sicherungsseite der Flexicurity-Gleichung erkennbar ist, haben Gewerkschaften, soziale NRO und die anderen Akteure vollkommen Recht, wenn sie sich einem Prozess verweigern, der sehr danach aussieht, als habe man die altbekannte Liberalisierungsagenda als Sozialmodell verkleidet.

Philip O'Connor  
Vorsitzender der EAPN Task force Beschäftigung

## EIN INTEGRATIVER ARBEITSMARKT?

INHALT

### Ein integrativer Arbeitsmarkt

- Beschäftigung in der Europäischen Union: Bald eine Beteiligung der sozialen NRO? 2
- Wie geht das EAPN mit Beschäftigungsthemen um? 2
- Interview mit John Monks: „Der europäische soziale Dialog – Antriebskraft für Modernisierung und Änderungen“ 3
- Was ist eigentlich der europäische soziale Dialog? 3
- Ist der flexible Arbeitsmarkt im Vereinigten Königreich zwecktauglich? 5
- Beschäftigungsqualität oder anständige Arbeitsplätze? 5
- „Flexicurity auf ungarische Art“ – Tatsachen, Bedenken und Lektionen, die noch zu lernen sind? 6
- Die Arbeitslosenquote in Europa 2005 7
- Die interne Flexicurity-Debatte zweier europäischer Organisationen 8
- Flexicurity als Herzstück der europäischen Debatte 8

### Nachrichten aus Portugal 12

- Armut in Portugal: „Portugal mangelt es weiterhin an einer Kultur der Eingliederung“ 9
- Im Blickpunkt: EAPN Portugal 9
- Das EAPN Portugal präsentiert der portugiesischen Ratspräsidentschaft konkrete Vorschläge für die Stärkung der Strategie zur sozialen Eingliederung 11
- Neues aus Deutschland / Impressum 12

## Wie geht das EAPN mit Beschäftigungsthemen um

Da das EAPN der felsenfesten Überzeugung ist, dass Armut und soziale Ausgrenzung multidimensional sind, war Beschäftigung seit Gründung des Netzwerks ein zentrales Thema auf seiner Agenda. Schon in den ersten Jahren seines Bestehens wurde eine Task Force "Zugang zu Beschäftigung" für Menschen, die von Armut betroffen sind, eingerichtet. Mit der Zeit gab es eine Ausweitung der Task Force hin zu einer allgemeineren Verbindung zwischen der sozialen Eingliederung und Beschäftigung und der Frage, wie genau die Beschäftigungspolitik zur sozialen Eingliederung beitragen kann.

Zur Task Force Beschäftigung gehören mittlerweile 17 Korrespondentinnen und Korrespondenten aus den nationalen EAPN-Netzwerken (wobei alle von ihnen in Bereichen wie Arbeitssuche, Ausbildung, Sozialwirtschaft usw. aktiv sind) und drei Vertreter europäischer Organisationen, die für drei Jahre ernannt werden. Die Mitglieder treffen sich etwa drei Mal im Jahr, entweder als Gesamt- oder als Teilgruppe, und arbeiten ansonsten per E-Mail zusammen.

Die Aktivitäten der Task Force umfassen zwei Aspekte: Austausch von Erfahrungen und Wissen und Einflussnahme bei der Gestaltung der Beschäftigungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene. Diese Arbeit wird bei der Festlegung der allgemeinen politischen Stellungnahmen des Netzwerks mit der von anderen Task Forces in den Bereichen Eingliederungspolitik und Strukturfonds zusammengebracht.

Die Task Force trägt nicht nur regelmäßig mit ihren Analysen zum Beschäftigungsteil der Lissabonner

## Ein integrativer Arbeitsmarkt?

### Beschäftigung in der Europäischen Union: Bald eine Beteiligung der sozialen NRO?

**D**as EAPN beteiligt sich zur Zeit an den großen europäischen Debatten über die "Modernisierung" der Arbeitsmärkte. Kennzeichnend für diese Debatten sind grundverschiedene Visionen zu den wichtigsten Aspekten der Globalisierung und der Ungleichheiten innerhalb der EU und verschiedene Wege, Armut und soziale Ausgrenzung in unseren Gesellschaften zu verhindern und zu bekämpfen. Beschäftigung bleibt zwar nach wie vor eine vorwiegend nationale Zuständigkeit, doch werden über die europäische Debatte übergreifende Tendenzen in Europa und politische Annäherungen ans Licht gebracht. Die offene Methode der Koordinierung im Bereich Beschäftigung im Rahmen der Lissabonner Strategie gestaltet den Austausch und rückt nationale Maßnahmen in den Vordergrund. Außerdem sollte sie, auch wenn dies nicht immer der Fall ist, allen relevanten Akteuren die Möglichkeit geben, Abstand zu nehmen und die eingeschlagenen politischen Richtungen zu hinterfragen.

Mittlerweile wird jedoch anerkannt, dass die entwickelten Ansätze die Beschäftigungs- und die Sozialpolitik koordinieren müssen, um funktionieren zu können. Dies hilft den NRO aus dem sozialen Bereich, sich bei Beschäftigungsthemen Gehör zu verschaffen, sodass sie nicht nur ihr praktisches Know-how einbringen können, sondern auch ihre Forderung nach der Achtung der grundlegenden Rechte.

Die Kommission bereitet gerade für Ende Juni 2007 eine Mitteilung zum Thema "Flexicurity" vor, die eine gezielte Strategie

festlegen wird, um sowohl die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, als auch die Sicherheit der Arbeitsplätze zu stärken. Außerdem will die Mitteilung die Mitgliedstaaten dazu auffordern, bis Jahresende eine Reihe gemeinsamer Grundsätze festzulegen. Die Kommission wird vermutlich einen ausgewogenen Ansatz vorschlagen. Wie aber werden die Mitgliedstaaten diesen Ansatz angesichts des massiven Drucks zugunsten der Deregulierung und einseitiger Abkommen zur zwangsweisen Flexibilität umsetzen? Werden sie in der Lage sein, jenen Menschen zu helfen, die nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen oder die arbeiten und trotzdem von Armut und Ausgrenzung betroffen sind? Sowohl das EAPN, als auch die europäische Plattform sozialer NRO haben Stellung bezogen als Reaktion auf das Grünbuch von März 2007 zur Modernisierung des Arbeitsrechts, aber auch zur Flexibilität ganz allgemein, und fordern die Durchsetzung grundlegender Rechte und eine weit reichende Debatte.

**Die entwickelten Ansätze müssen die Beschäftigungs- und die Sozialpolitik koordinieren, um funktionieren zu können.**

Aktive Arbeitsmarktmaßnahmen oder Aktivierungsmaßnahmen stehen ebenfalls im Mittelpunkt der Diskussionen der Mitgliedstaaten. Bereits im Jahr 2005 legte das EAPN die Kriterien für eine "vernünftige Aktivierung" fest, die effektiv zum sozialen Zusammenhalt beiträgt und dessen Umsetzung fördert, wobei hier die Sozialwirtschaft eine große Rolle spielt.

Das EAPN möchte keinesfalls "Aktivierungs"-Maßnahmen, die Arbeitslose lediglich stigmatisieren und ausgrenzen. Diese Anliegen gehen teilweise auf das Konzept

zur "aktiven Eingliederung" zurück, das von der Europäischen Kommission 2006 (1) vorgeschlagen wurde, und Folgendes kombiniert: "Aufrechterhaltung des Kontakts zum Arbeitsmarkt durch Beschäftigungsmöglichkeiten oder berufsbildende Maßnahmen; Sicherstellung einer für ein menschenwürdiges Leben ausreichenden Einkommensunterstützung; Gewährleistung eines besseren Zugangs zu Dienstleistungen, die dabei behilflich sein können, einige der Hindernisse zu beseitigen, welche bestimmten Personen und ihren Familien die Eingliederung in die Mainstream-Gesellschaft erschweren [...]". Das EAPN unterstützt diesen integrierten Ansatz, verlangt jedoch, dass jedes dieser Teilziele eine ehrgeizige

Definition bekommt und auf Rechten basiert.

Der Einfluss, den das EAPN auf diese Debatte nehmen kann, wird von der Verknüpfung unserer europäischen und nationalen Aktivitäten abhängen sowie von unserer Fähigkeit, den Betroffenen eine Stimme zu verleihen und von der Organisation eines zivilen Dialogs, der den sozialen Dialog bei Beschäftigungsthemen ergänzt.

Claire Champeix  
EAPN, Verantwortl. Politik

Strategie bei, sondern entwickelt auch eigene Initiativen, wie das Buch "Stimmen der Armut", in dem Menschen in schwierigen Situationen ihren persönlichen Bericht zum Thema Beschäftigung abgeben.

Claire Champeix  
EAPN, Verantwortl. Politik

Weitere Informationen finden Sie auf der EAPN-Website unter "The European agenda/Employment"

## Der europäische soziale Dialog - Antriebskraft für Modernisierung und Änderungen

**Der soziale Dialog ist ein grundlegendes Element des europäischen Sozialmodells und hat bei vielen Beschäftigungsthemen bedeutende Fortschritte ermöglicht. Wie sieht es heutzutage mit dem sozialen Dialog aus? Wir sprachen mit John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).**

**W**as hat der europäische soziale Dialog bisher erreichen können?

**John Monks:** Der europäische soziale Dialog (ESD) hat viele Vereinbarungen gebracht. Die ersten drei Rahmenabkommen zur Elternzeit (1995), zu Teilzeitarbeit (1997) und befristeten Verträgen (1999) wurden über Richtlinien des Rates in Gemeinschaftsrecht übernommen. Im Jahr 2002 schlossen die europäischen Sozialpartner die ersten autonomen Abkommen ab, deren Umsetzung auf nationaler Ebene den Sozialpartnern selbst übertragen wurde. Dieser neue Ansatz ermöglichte den Abschluss zweier

bedeutender Rahmenabkommen zu Telearbeit (2002) und zu arbeitsbedingtem Stress (2004), einen Aktionsrahmen zur Entwicklung lebenslanger Fertigkeiten und Qualifikationen (2002) und einen Aktionsrahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen (2005). Vor kurzem (im April 2007) unterzeichneten die europäischen Sozialpartner ein freiwilliges Rahmenabkommen zu Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz.

**Welche Haltung nimmt der Europäische Gewerkschaftsbund zum Thema Flexicurity ein?**

**JM:** Zunächst einmal stellt sich die Frage, was Flexicurity eigentlich bedeutet. Sie bedeutet, ein gesellschaftlich akzeptables Gleichgewicht zwischen dem Sozialschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Bedürfnissen von Unternehmen zu finden. Flexicurity war in letzter Zeit ein viel diskutiertes Konzept in den Debatten, in denen der EGB seine Definition vorlegte.

### Was ist eigentlich der europäische soziale Dialog?

Der europäische soziale Dialog (ESD) wurde in den Vertrag von Rom aufgenommen und umfasst die Diskussionen, Verhandlungen und gemeinsamen Aktionen, die die europäischen Sozialpartner bei einer Reihe von beschäftigungs- und sozialpolitischen Themen durchführen.

Auf EU-Ebene werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) vertreten. Arbeitgeber werden von drei verschiedenen Organisationen vertreten: BusinessEurope (die Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände in Europa), dem CEEP (European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest, europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft) und von der

UEAPME (European Association of Craft Small and Medium-Sized Enterprises, Dachverband für die Interessen des Handwerks sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen). Auf Sektorebene wird der soziale Dialog von den europäischen Gewerkschaftsverbänden geführt.

Die Beratungen der Sozialpartner finden im Rahmen von zwei obligatorischen Phasen statt. Zunächst konsultiert die Kommission die Sozialpartner bezüglich der möglichen Ausrichtung einer Gemeinschaftsaktion; danach konsultiert sie sie bezüglich des Inhalts dieser Aktion. Können sich nach Abschluss jeder dieser beiden Phasen die Partner nicht auf die Eröffnung zweiseitiger Verhandlungen einigen und ist die Kommission weiterhin der Ansicht, dass eine Aktion wünschenswert sei, dann legt sie einen Vorschlag vor.

Seit 1997 wurden die Sozialpartner außerdem jedes Jahr zu einem dreigliedrigen Sozialgipfel eingeladen, der sich aus Vertretern der amtierenden Ratspräsidentschaft, der nächsten beiden Ratspräsidentschaften und der Kommission zusammensetzt. Die Einrichtung des dreigliedrigen Sozialgipfels war ein bemerkenswerter politischer Schritt, da damit die Rolle dreigliedriger Konsultationen auf höchster Ebene der europäischen Entscheidungsprozesse anerkannt wird. Die Bereiche, die bei der dreigliedrigen Konsultation abgedeckt werden, sind der makroökonomische Dialog, Beschäftigung, Sozialschutz, Bildung und Ausbildung.

Weitere Informationen zum sozialen Dialog unter:  
[http://ec.europa.eu/employment\\_social/social\\_dialogue/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/social_dialogue/index_en.htm)

Der EGB sieht sieben Grundsätze als Basis für jeden Flexicurity-Ansatz:

- Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze;
- Mehr Flexibilität und eine bessere Arbeitsorganisation;
- Wahrung von Gesetzen zur Arbeitsplatzsicherung, ergänzt durch Maßnahmen für mehr Mobilität;
- Ein weitreichender Ansatz, um Flexibilität und Sicherheit im Gleichgewicht zu halten, ohne, dass sich dabei auf ein einziges Flexicurity-Modell konzentriert wird;
- Verbesserung der Sozialschutzsysteme;
- Integration der Flexicurity in makroökonomische Politik, die Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördert;
- Verbesserung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen.

**Welche Themen wurden für Ihren Kongress 2007 festgelegt?**

**JM:** Das Motto des elften EGB-Kongresses (21.-24. Mai in Sevilla) fasst unsere politischen Prioritäten zusammen: "In die Offensive gehen - Für ein soziales Europa, Solidarität und nachhaltige Entwicklung". Der EGB will in die Offensive gehen, um bei der Gestaltung der europäischen Politik ein größeres Mitspracherecht zu bekommen.

Die Arbeit konzentriert sich darauf, dem sozialen Europa einen neuen Impuls zu verleihen, und zwar durch Vollbeschäftigung, Beschäftigungsqualität und durch die Förderung der Chancengleichheit und des Sozialschutzes. Außerdem haben wir



den sozialen Zusammenhalt zu einer nicht verhandelbaren Priorität gemacht, denn die EU muss Armut und Diskriminierung beseitigen, um ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Würde zu ermöglichen. Die nachhaltige Entwicklung war auch zentrales Thema der Debatte. Wir möchten, dass die EU wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreift.

**Interview: Audrey Gueudet**

Weitere Informationen zum EGB unter:  
<http://www.etuc.org/>

## Ist der flexible Arbeitsmarkt im Vereinigten Königreich zwecktauglich?

Das Vereinigte Königreich ist das viertreichste Land der Welt und hat die höchste Beschäftigungsquote unter den G8-Ländern. Gleichzeitig hat das Vereinigte Königreich jedoch auch eine der schlimmsten Kinderarmutsraten innerhalb der westlichen Länder, und Berichte weisen auf die Einkommensunterschiede, die niedrigen Löhne und die hohe Anzahl von Haushalten ohne Erwerbstätige im Vereinigten Königreich hin. Inwieweit ist der "flexible" Arbeitsmarktansatz im Vereinigten Königreich möglicherweise für diese Situation verantwortlich?

Viele der am stärksten von Armut betroffenen Menschen im Vereinigten Königreich haben keine bezahlte Arbeit, und die einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegende Einkommens- und Arbeitslosenunterstützung zählt zu den niedrigsten Einkommensersatzraten in der EU.

Das Vereinigte Königreich hat jedoch das Beschäftigungsquotenziel von 70 % übertroffen und strebt nun eine Beschäftigungsquote von 80 % an. (Bei Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen und einigen ethnischen Minderheiten sind die Beschäftigungsquoten gleichwohl wesentlich geringer.)

Die Regierung ist der Meinung, dass weitere Reformen bei Leistungen für Menschen im arbeitsfähigen Alter und Arbeitsanreize der Schlüssel sind, um die Anzahl der Menschen, die Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit beziehen, zu reduzieren, mehr Alleinerziehende in bezahlte Arbeit zu bringen und die Anzahl älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen.

Das Vereinigte Königreich hat hohe und zur Zeit ansteigende Armutsraten, speziell bei den Ärmsten der Armen. Die Regierung rechtfertigt ihre Sozialhilfereform mit der Behauptung, dass "Arbeit der beste Weg aus der Armut ist". Die Hälfte der von Armut betroffenen Haushalte haben jedoch ein Mitglied, das einer bezahlten Arbeit nachgeht. Die Strategie der Regierung, Eltern in bezahlte Arbeit zu bringen und Arbeit durch eine Kombination aus Sozialhilfereform und Steuergutschriften zur Aufstockung von Niedriglöhnen lohnend zu machen, ließ die Beschäftigungsquoten ansteigen. Die Regierung hat sich jedoch nicht um die Qualität oder die Nachhaltigkeit der Arbeit gekümmert.

Beim "aktiven Arbeitsmarkt"-Ansatz der Regierung gibt es u.a. folgende Probleme:

- Die am stärksten von Armut betroffenen Menschen haben den geringsten bzw. gar keinen Vorteil von der Steuer- und Sozialleistungsstrategie der Regierung, um "Arbeit lohnend zu machen".

- Trotz der nationalen Kinderbetreuungsstrategie ist die Möglichkeit der Mütter, eine bezahlte Arbeit anzunehmen, durch den Mangel an qualitativ hochwertiger und bezahlbarer Kinderbetreuung stark eingeschränkt.

keinen Vorteil von der Steuer- und Sozialleistungsstrategie der Regierung, um "Arbeit lohnend zu machen".

- Eine bezahlte Arbeit zu haben ist keine Garantie, der Armut zu entkommen. Die Hälfte der 2004/5 von Armut betroffenen Kinder, d.h. 1,7 Millionen, gehörten zu Familien, die Arbeit hatten und 80 % dieser Kinder lebten in Haushalten mit zwei Eltern teilen.

**Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat sich nicht um die Qualität oder die Nachhaltigkeit der Arbeit gekümmert.**

## Beschäftigungsqualität oder anständige Arbeitsplätze?

Interview mit dem Soziologen Ramón Peña-Casas vom European Social Observatory

Zur Zeit sind bei den europäischen Debatten zwei Konzepte im Umlauf "Beschäftigungsqualität" und "anständige Arbeitsplätze". Worin besteht der Unterschied?

Es handelt sich um zwei grundverschiedene Konzepte, was ihren Ursprung, ihre Bedeutung und ihr Interesse für die EU anbelangt. Im Jahr 2001 legte die EU das Ziel fest, Änderungen bei der Beschäftigungsqualität auf Grundlage einer Reihe spezieller Indikatoren zu analysieren. Die Verbesserung der Qualität und der Produktivität waren eines der drei übergreifenden beschäftigungspolitischen Ziele für den Zeitraum 2003 - 2005. Die Indikatoren gibt es zwar immer noch, doch hat sich der Schwerpunkt heutzutage etwas verlagert. "Anständige Arbeitsplätze" ist ein Konzept, das von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) entwickelt wurde und zwar als Teil eines allgemeinen Ansatzes zur Grundsatzglobalisierung, der auf die internationalen Vereinbarungen der IAO zurückgeht. Dieser Ansatz ist weniger multidimensional als der europäische Ansatz, da seine Indikatoren beschränkter und vager sind und für sie kein politischer Konsens besteht.

Sie argumentieren, dass das Konzept der "Beschäftigungsqualität" aufrecht erhalten werden muss. Warum?

Die EU hat Recht, dass sie die IAO-Agenda der "anständigen Arbeitsplätze" von einem internationalen Standpunkt aus unterstützt, insbesondere durch ihre Handels- und Außenpolitik. Innerhalb der EU ist dieses Konzept jedoch weitgehend irrelevant. Die meisten Mitgliedstaaten haben die entsprechenden Abkommen ratifiziert und in nationales Recht umgesetzt. Jeder Versuch, international relevante Indikatoren zu entwickeln, führt zu Werten, die nach europäischen Begriffen unweigerlich äußerst gering sind. "Anständige Arbeitsplätze" ist kein Ersatz für das ehrgeizigere politische Ziel, die Qualität der Beschäftigung zu verbessern. "Anständige Arbeitsplätze" stellt lediglich eine abgeschwächte Version der Beschäftigungsqualität dar, die EU-weit bereits allgemein angenommen ist.

<http://www.ose.be/>.

- Das Lohnniveau wurde niedrig gehalten, speziell in den untersten Kategorien des Arbeitsmarktes. Möglich war dies durch den schwachen Beschäftigungsschutz und eine starke Einwanderung, die zu großer Konkurrenz um wenig qualifizierte Arbeitsplätze führte.

- Da einige ethnische Minderheiten Diskriminierung ausgesetzt sind, sind sie auch von Einkommensarmut besonders bedroht.

Die zweite Säule des von der Regierung verfolgten Ansatzes für hohe Beschäftigung konzentriert sich auf die Verbesserung der Qualifikationen, um Armut zu verringern. Die Tatsache, dass die Arbeitgeber im Vereinigten Königreich daran gewöhnt sind, nach Belieben einstellen und entlassen zu können ("hire and fire"), schmälert jedoch die Anreize, auszubilden. Da häufig gut qualifizierte junge Migranten und Studierende zur Verfügung stehen, gibt es für die Arbeitgeber keine Notwendigkeit, anderen benachteiligten Gruppen den Einstieg in die Beschäftigung zu ermöglichen.

**Würde die Regierung über ihre aktuelle Kinderarmutsstrategie keine Umverteilung**

**zugunsten der Familien vornehmen, wären Armut und Ungleichheit sogar noch schlimmer. Insgesamt jedoch scheint die Sozialhilfereform eine größere Auswirkung auf die Konkurrenz bei den Löhnen und die Armutsrisiken gehabt zu haben, als darauf, die Menschen für eine Zukunft mit höheren Qualifikationen und einer hohen Wertschöpfung zu rüsten. Die Annahme, dass Arbeitgeber zu Investitionen, Qualifikationen und Wohnungsbau beitragen werden, da sie auf freiwilliger Basis von finanziellen Anreizen profitieren können, war wohl eine Fehleinschätzung.**

**Das Vereinigte Königreich des 21. Jahrhunderts, mit seiner labilen Gesellschaft und stark korrumpierten Wirtschaft, kann mit den gleichen Worten beschrieben werden, die auch die Regierung bevorzugt für Menschen, die von Armut betroffen sind und für die Sozialsysteme verwendet: "nicht zwecktauglich".**

Katherine Duffy  
De Montfort University  
Ehrenamtliche Mitarbeiterin des EAPN  
und Vorsitzende der britischen Task  
Force Sozialpolitik

## "Flexicurity auf ungarische Art" Tatsachen, Bedenken und Lektionen, die noch zu lernen sind

In Ungarn betrachten viele Menschen, vor allem Langzeitarbeitslose, schlecht bezahlte und qualitativ minderwertige Arbeitsplätze als realistische Alternative zur Sozialhilfe. Das Konzept der "Flexicurity" ist fast ausschließlich für diese verletzlichen Gruppen relevant. Was kann unternommen werden, damit sie mehr Sicherheit und bessere Arbeitsbedingungen erhalten? Flexicurity überschneidet sich bei dieser unteren Arbeitsmarktkategorie mit dem Thema "Arbeit lohnend machen".

**Die herkömmliche Struktur in Ungarn**

Die drei herkömmlichen Hauptkomponenten der unterstützten Beschäftigung sind in Ungarn Programme für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten, staatliche Arbeitsprogramme ("Workfare") und vorübergehend unterstützte Arbeitsprogramme für spezielle Zielgruppen, wie etwa die Roma oder Alleinerziehende. Insgesamt werden diese Programme von den Teilnehmenden begrüßt, da sie ihnen ein gewisses Einkommen und einen gewissen gesellschaftlichen Status bieten. Die Teilnahme an diesen unterstützten Programmen ist eine bessere Option als Arbeitslosigkeit. Diese herkömmlichen Elemente haben jedoch ihre Grenzen: Beschützende und speziell ausgerichtete Beschäftigungsprogramme werden stark subventioniert und hängen dadurch von einem begrenzten öffentlichen Haushalt ab, der nur einer eingeschränk-

ten Personengruppe Vorteile bringt. In einem Land, dessen Beschäftigungsquote unter 60 % liegt, schützen subventionierte Programme die Teilnehmenden vor den Herausforderungen des Wettbewerbs und der Produktivität. Die geschützte Beschäftigung wird als "zweite Liga" des ungarischen Arbeitsmarktes angesehen, die den Zugang zur "ersten Liga" blockiert. So hilfreich die Möglichkeiten der geschützten Beschäftigung auch sein mögen - sie bieten nur sehr schlechte persönliche und gesellschaftliche Aussichten.

### Neue Perspektiven - gezielte Reduzierung der Beschäftigungskosten für verletzte Gruppen

In jüngster Zeit trat in Ungarn eine neue Generation von Beschäftigungsprogrammen auf den Plan. Hauptanliegen war Folgendes: Wenn das Produktivitätsrisiko bei der Einstellung benachteiligter Personen für die Arbeitgeber auf dem freien Markt zu hoch ist, so soll die Arbeitspolitik das Risiko mit den Arbeitgebern teilen, indem sie die Beschäftigungskosten reduziert (z.B. durch zielgerichtete Steuer- und Sozialversicherungsvergünstigungen usw.). Die politische Schlussfolgerung zu diesem Anliegen bestand darin, dass die ungarische Regierung neue Programme einführte (Start, Start+, Start Extra usw.), die Arbeitgebern Erleichterungen bei den Steuern und Sozialversicherungsabgaben bieten, wenn sie bereit sind, Mütter einzustellen, die wieder arbeiten möchten, sowie Langzeitarbeitslose, ältere Menschen, Schulabgänger aus benachteiligten Regionen oder Bereichen usw.

Die neuen Initiativen sind vielversprechend. Was sie leisten können, muss sich aber erst noch zeigen.

### Perspektiven und Lektionen, die noch zu lernen sind

Steuererleichterungsmodelle für Neueinstellungen haben möglicherweise eine positive und unmittelbare Auswirkung auf die massiven Langzeitarbeitslosenzahlen, doch ist es unwahrscheinlich, dass sie nachhaltige Arbeitsplätze schaffen, da die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

vermutlich nach Ende des subventionierten Zeitraums entlassen werden.

Die Beschäftigungskosten müssen daher unbedingt überprüft werden, speziell, um die Steuerlast bei Niedriglohnjobs zu verringern. Ziel dieser Politik wäre, dass in Niedriglohnbereichen die Kosten der legalen Beschäftigung den Kosten der Schwarzarbeit entsprechen. Damit wäre ein Hauptansatz genannt, der schlecht bezahlten Arbeitskräften mehr Sicherheit bringen soll, d.h.: Illegale, schlecht bezahlte Jobs wieder in den legalen Arbeitsmarkt zurückzubringen.

Es gibt einige Problembereiche, die spezielle Maßnahmen erfordern. An erster Stelle stehen hier die Unterstützung der Mobilität und der Pendler, die in den am stärksten benachteiligten ländlichen Gebieten leben, sowie die Anerkennung des speziellen Status der Angestellten kleinerer Unternehmen oder von Selbstständigen, die ihr eigenes Kleinunternehmen gründen.

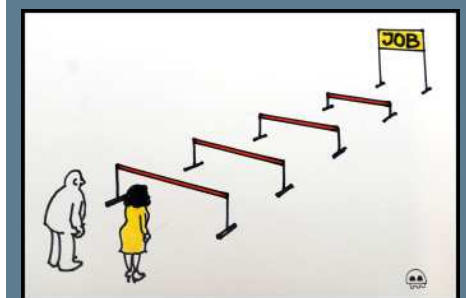
Die herausforderndste und provozierendste Lehre, die Europa bietet, lautet, dass weniger regulierte Arbeitsmärkte nicht nur dynamischer, sondern auch integrativer sind. Anders ausgedrückt: Flexicurity sollte zum Teil die Deregulierung beinhalten (Verminderung der Regulierungsbürde, die auf der Arbeit lastet); allerdings sollte sie auch mit mehr Sicherheit für verletzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kombiniert werden (aber nicht unbedingt über die Regulierung von Arbeit!).

Angesichts dieser Ziele gibt es jedoch auch Anlass für Kritik an den bisher erzielten Fortschritten: Ungarn muss noch so einige Lektionen zum Thema "Flexicurity" lernen ...

Dr. Balázs Krémer  
Universität Debrecen

## Die Arbeitslosenquote in Europa 2005 (% der Arbeitskräfte über 15 Jahre)

	Gesamt	Männer	Frauen
Österreich	5,2	4,9	5,5
Belgien	8,4	7,6	9,5
Bulgarien	10,1	10,3	9,8
Zypern	5,2	4,3	6,5
Tschechische Republik	7,9	6,5	9,8
Dänemark	4,8	4,4	5,3
Estland	7,9	8,8	7,1
Deutschland	9,5	8,8	10,3
Irland	4,4	4,6	4,1
Finnland	8,4	8,2	8,6
Frankreich	9,7	8,8	10,7
Griechenland	9,8	6,1	15,3
Ungarn	7,2	7,0	7,4
Italien	7,7	6,2	10,1
Lettland	8,9	9,1	8,7
Litauen	8,3	8,2	8,3
Luxemburg	4,5	3,5	5,8
Malta	7,3	6,5	9,0
Niederlande	4,7	4,4	5,1
Polen	17,7	16,6	19,1
Portugal	7,6	6,7	8,7
Rumänien	7,2	7,8	6,4
Slowenien	6,5	6,1	7,0
Slowakei	16,3	15,5	17,2
Spanien	9,2	7,0	12,2
Schweden	7,8	7,9	7,7
Vereinigtes Königreich	4,8	5,1	4,3
<b>EU-27</b>	<b>8,7</b>	<b>7,9</b>	<b>9,7</b>



## Flexicurity als Herzstück der europäischen Debatte

Die Kommission hat für Ende Juni 2007 eine Mitteilung zum Thema Flexicurity angekündigt, die in die Lissabonner Strategie einfließen wird. Flexicurity wird als eine politische Strategie definiert, um parallel und auf besonnene Weise einerseits die Flexibilität der Arbeitsmärkte, der Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen und andererseits die Sicherheit (Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit) zu verbessern. Die zugrunde liegende Idee ist, dass Flexibilität und Sicherheit nicht als Widerspruch angesehen werden dürfen, sondern als etwas, das sich gegenseitig stärken kann.

In der Mitteilung werden vermutlich einige Wege vorgeschlagen, über die die einzelnen Mitgliedstaaten Elemente der Flexicurity unter Berücksichtigung ihrer nationalen Umstände einführen können. Die Mitteilung wird nach Veröffentlichung vom Ministerrat und dem Europäischen Parlament überprüft und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, bis Ende 2007 eine Reihe gemeinsamer Grundsätze zu verabschieden.

Die Diskussion trat Anfang 2007 in Zusammenhang mit dem Grünbuch der Kommission "Ein moderneres Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts" in ihre erste Phase ein. Es kommt nicht überraschend, dass die Akteure immer noch unterschiedlicher Meinung sind, welchen Herausforderungen genau zu begegnen ist und auf welche Weise. Die Arbeitgeber sind für Flexibilität, während die Gewerkschaften den Schwerpunkt auf Sicherheit legen. Die sozialen NRO wollen einen breiteren Dialog und verlangen, dass die vorgeschlagenen Reformen von einer Verpflichtung zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts angeführt werden.

Claire Champeix  
EAPN, Verantw. Politik

## Die interne Flexicurity-Debatte zweier europäischer Organisationen

Während die Flexicurity-Debatte in vollem Gang ist, teilen uns das European Disability Forum (Europäisches Forum für Menschen mit Behinderungen) und die European Standing Conference of Co-operatives, Mutual Societies, Associations and Foundations (CEP-CMAF, europäische ständige Konferenz der Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine und Stiftungen), zu deren Mitgliedern die Hauptgruppen der Sozialwirtschaft in der EU gehören, ihre Ansicht der Dinge mit ...

**"Flexicurity darf kein Synonym für Unsicherheit werden"**

Die Sozialwirtschaft macht 10 % aller europäischen Unternehmen aus und beschäftigt 9 Millionen Arbeitskräfte. Fast die gesamte Bevölkerung Europas wird von ihr berührt.

Unternehmen der Sozialwirtschaft stellen ein Geschäftsmodell dar, das sich von der vorherrschenden, auf Kapital basierenden Unternehmensform unterscheidet und zeigen, dass es möglich ist, wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Überlegungen in Einklang zu bringen. Aufgrund ihrer Art und ihres Status setzen Unternehmen der Sozialwirtschaft Werte der Solidarität, der sozialen Verantwortung, der Vereinigungsfreiheit, der demokratischen Führung, der Teilhabe und Autonomie in die Praxis um.

Wenn Flexicurity die Verbindung von Flexibilität und Sicherheit ist, dann darf mehr Flexibilität nicht weniger Sicherheit bedeuten. Der Hauptschwerpunkt muss auf der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Beschäftigungsqualität durch einen ständigen sozialen Dialog liegen. Die CEP-CMAF weist darauf hin, dass unbefristete Verträge in der Sozialwirtschaft der Standard sind, obwohl verschiedene Beschäftigungssituationen durch andere Vertragsformen möglicherweise besser angegangen werden können. Unternehmen der Sozialwirtschaft müssen in der Flexicurity-Debatte als Beispiel dienen. Sie boten schon immer einen Weg, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Qualität der Arbeit, Wirtschaftswachstum, Verbindun-

gen zur Gesellschaft, Wettbewerbsfähigkeit, eine starke lokale Verankerung und Entwicklung und die Bildung von sozialem Kapital miteinander zu kombinieren. Unternehmen der Sozialwirtschaft unterscheiden sich durch ihre Investition in das Humankapital. Durch ihre Sachkenntnis wurden sie zu Hauptakteuren bei der Erhaltung und Entwicklung des sozialen Zusammenhalts in der EU.

Karin Pfluger  
European Standing Conference of  
Co-operatives, Mutual Societies, Associations  
and Foundations

<http://www.cepcmaf.org>



**"Flexibilität muss mit Sicherheit gekoppelt sein, um zu einer echten Eingliederung beizutragen"**

Flexibilität kann für Menschen mit Behinderungen positiv sein. Viele von ihnen sind vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt, da es der Arbeitswelt im weitesten Sinne an Flexibilität mangelt: Flexible Arbeitszeiten können es z.B. Menschen mit einer chronischen Krankheit, Menschen mit psychischen Problemen oder Menschen, die nicht Vollzeit arbeiten können ermöglichen, von flexiblen Arbeitsmodellen zu profitieren; eine Anpassung des Jobprofils wiederum würde Be-



werben mit einer Behinderung oder Arbeitskräften, die eine Behinderung zurückbehalten, Rechnung tragen.

Andererseits können auch Arbeitsverträge mit kurzer Laufzeit den Einstieg in die Arbeit bedeuten oder die Rückkehr nach einer behinderungsbedingten Auszeit, da sie einer Arbeitskraft häufig die Möglichkeit bieten, Arbeitgebern ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, die oft aufgrund von Vorurteilen sehr zögerlich sind, eine Person mit einer Behinderung einzustellen. Flexibilität muss jedoch mit Sicherheit gekoppelt sein, um zu einer echten Eingliederung beizutragen.

Flexicurity darf kein Synonym für schlechter bezahlte Jobs sein, speziell bei Menschen, die Extrakosten zu bestreiten haben, da sie in einer unzugänglichen Gesellschaft leben. In der Zeit zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen sollte es Unterstützung bei der Weiterbildung und finanzielle Hilfe geben.

In vielen europäischen Ländern verliert ein Mensch, der Leistungen aufgrund einer Behinderung erhält, jedweden Anspruch auf diese Leistungen, wenn er einen Job findet. Leistungen, um Extrakosten abzudecken, die einem Menschen mit einer Behinderung entstehen (für die Beförderung, Reha-Maßnahmen usw.) sollten jedoch auch dann erhältlich sein, wenn diese Person eine Arbeit hat.

Carlotta Besozzi  
Leiterin des European Disability Foru  
<http://www.edf-feph.org/>



#### Mehr Informationen zum Thema Flexicurity unter:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/employment\\_strategy/flex\\_meaning\\_en.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/flex_meaning_en.htm)  
(Europäische Kommission)

Informationen zu den Positionen der Akteure:  
<http://www.euractiv.com/en/socialeurope/labour-market-reforms/article-140843>

## Nachrichten aus Portugal



### Armut in Portugal: "Portugal mangelt es weiterhin an einer Kultur der Eingliederung"

Im europäischen Kontext scheint Portugal immer noch das Land mit der höchsten, lang anhaltendsten und intensivsten Armut zu sein. Der soziale Zusammenhalt ist in Portugal weiterhin von hohen Armutsraten, Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung, hohen Schulabbrecherquoten, einer großen Anzahl arbeitender Armer und einem bedeutenden geschlechtsspezifischen Lohngefälle im privaten Sektor bedroht.

Innerhalb der EU der 15 Mitgliedstaaten ist Portugal das Land mit den



schlechtesten Indikatorenergebnissen für Ungleichheit. Nach Angabe der EU-SILC-Daten für 2005 liegt das Armutsrisiko in Portugal bei 20 %, was zwei Millionen Menschen entspricht. ECHP-Daten für 2001 zeigen, dass der Anteil der von dauerhafter Armut bedrohten Personen (15 %) sowie das dauerhafte Kinderarmutsrisiko und der Anteil der von Armut bedrohten älteren Menschen über dem Durchschnitt der EU der 25 Mitgliedstaaten lag.

Zwar findet man das Phänomen der Armut in

### Im Blickpunkt: EAPN Portugal

Das EAPN Portugal wurde 1991 gegründet und bildet heutzutage eine dezentralisierte Struktur, die in 18 Regionen des Landes präsent ist und 686 Mitglieder zählt (461 soziale NRO und 225 Einzelpersonen).

Die ungewöhnliche und dezentralisierte Form des Netzwerks schafft einen privilegierten Raum, in dem die Zivilgesellschaft spezifische Maßnahmen auf lokaler und kommunaler Ebene ergreifen kann. Es geht u.a. darum, bei der Herangehensweise an Probleme von herkömmlichen Ansätzen abzurücken, Wissen und Erfahrungen auszutauschen, Bedingungen für die Ausübung von Solidarität zu schaffen und die Teilhabe von Menschen, die

Armut und soziale Ausgrenzung erfahren, an den sie betreffenden Initiativen zu verstärken.

## DIE AKTIVITÄTEN VON EAPN PORTUGAL

### Information

Der Aufbau und die Unterstützung einer strukturierten Tätigkeit und Kommunikation gehören zu den zentralen Aktivitäten von EAPN Portugal und sind möglicherweise der wichtigste Dienst, den die Organisation ihren Mitgliedern bietet.

### Veröffentlichungen

Das EAPN Portugal produziert zahlreiche Veröffentlichungen, die von nationalen und regionalen Info-Newslettern zu aktuellen sozialen Themen bis hin zu Studien, Projektergebnissen und Untersuchungen reichen.

### Weiterbildung

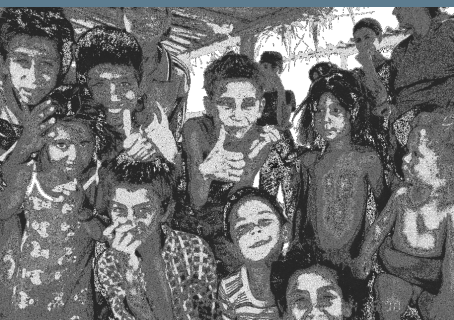
Das EAPN Portugal ist vom Institut für qualitative Weiterbildung anerkannt und führt Schulungen durch, die auf ermittelten lokalen, regionalen und nationalen Weiterbildungsbedürfnissen und auf festgelegten Zielen basieren.

### Forschung und Projekte

Das EAPN Portugal ist für die Gestaltung, Entwicklung und Bewertung verschiedener nationaler und transnationaler Projekte zuständig. Über diese Projekte möchte es sein Wissen über Armut und soziale Ausgrenzung vertiefen und effektivere Strategien zur Bekämpfung dieser Phänomene entwickeln.

Für weitere Informationen:

<http://www.reapn.org>



Portugal allgemein verbreitet, doch lassen sich einige besonders verletzte Gruppen ausmachen:

- Arbeitslose;
- Arbeitskräfte mit geringen Qualifikationen und niedrigen Löhnen;
- ältere Menschen;
- Alleinerziehende;
- Einwanderer;
- Kinder und Jugendliche in Risikosituationen;
- Obdachlose;
- Menschen mit Behinderungen;
- ethnische Minderheiten.

Die Ursachen für Armut sind zahlreich und komplex. Im Falle von Portugal sind sie mit Folgendem verbunden:

- traditionelle Armut auf dem Land;
- Schwachstellen im nationalen Sozialschutzsystem und beim Umverteilungsmechanismus;
- Mangel an grundlegenden Qualifikationen;
- Aufkommen neuer Formen der sozialen Ausgrenzung, etwa im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Städte und Vorstädte, und neuer Risikogruppen (Alleinerziehende, Drogenabhängige, ethnische Minderheiten, Einwanderer usw.).

### Allgemeiner Überblick über die portugiesische Sozialpolitik

Der nationale Aktionsplan 2006-2008 nennt drei gemeinsame europäische Ziele als politische Prioritäten:

- 1 Bekämpfung der Kinderarmut und der Armut älterer Menschen durch Maßnahmen, die ihre grundlegenden Bürgerrechte garantieren.
- 2 Korrektur der Benachteiligungen im Bereich Bildung, Ausbildung und Qualifikationen.
- 3 Überwindung der Diskriminierung durch stärkere Integration von Menschen mit Behinderungen und Migranten.

Die meisten der aktuellen Maßnahmen sind Antworten auf die Leitlinien der Gemeinschaft oder wurden nach Vorbild anderer europäischer Programme für den Kampf gegen Armut und soziale

Ausgrenzung gestaltet. In jüngster Zeit wurden verschiedene politische Maßnahmen ergriffen, wie etwa Folgende: die sozialen Entwicklungsvereinbarungen, bei denen es sich um Interventionspläne handelt, die von bestimmten Partnern unterzeichnet wurden, um in einer spezifischen Zeit integrativere Gebiete zu entwickeln; die Initiative der neuen Möglichkeiten, mit der die grundlegenden Qualifikationen der erwachsenen Bevölkerung gesteigert werden sollen; der Solidaritätszuschuss für ältere Menschen, der Rentnern über 65 Jahren ein jährliches Mindesteinkommen garantiert, das auf einer Referenz-Armutsschwelle basiert, die im Jahr 2006 bei 4 200 Euro lag; das Pilotprojekt zur Renovierung älteren Wohnraums usw.

NRO sind die Akteure, die am unmittelbarsten an der Umsetzung dieser Maßnahmen auf breiter Ebene beteiligt sind. Die Beteiligung am Gestaltungsprozess der Maßnahmen erwies sich jedoch wieder einmal als eine "verpasste Gelegenheit". Das EAPN Portugal ist besorgt und erwartet, dass die Maßnahmen zur sozialen Eingliederung gut koordiniert werden; außerdem zählt es auf die Beteiligung aller Regierungsebenen und aller relevanten Akteure (einschließlich Menschen, die in Armut leben).

Das EAPN Portugal ist der Meinung, dass für einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine gute Governance gefördert werden muss; dies bedeutet eine politische Koordination zwischen den verschiedenen beteiligten Ministerien, eine kohärente und effektive Verbindung zwischen den bestehenden Maßnahmen und die Mobilisierung bzw. Beteiligung aller relevanten Akteure. In dieser Hinsicht und jenseits der Worte und Reden mangelt es Portugal weiterhin an einer "Kultur der Eingliederung".



Sandra Aroujo  
EAPN Portugal

# Das EAPN Portugal präsentiert der portugiesischen Ratspräsidentschaft konkrete Vorschläge für die Stärkung der Strategie zur sozialen Eingliederung



Am 9. und 10. März 2007 organisierte das EAPN Portugal in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der portugiesischen Regierung, mit Montepio Geral und Santa Casa da Misericórdia de Lisboa die Abschlussveranstaltung der Initiative "Von Lissabon nach Lissabon", bei der internationale und portugiesische Fachleute aus dem Bereich Armut und soziale Ausgrenzung zusammenkamen. Das Ergebnis dieser Initiative sind eine Reihe konkreter Vorschläge, die der kommenden portugiesischen Ratspräsidentschaft helfen sollen, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wieder zum Herzstück der europäischen Agenda zu machen.

## Allgemeine Empfehlungen

1. Stärkung der Rolle der Europäischen Union im Kampf gegen Armut auf globaler Ebene.
2. Stärkung der Dimension der Armut in den nationalen Reformprogrammen (NRP).
3. Einsatz der Strukturfonds als Antriebskraft, um die Lissabonner Strategie umzusetzen und um das Gesamtziel, Armut zu beseitigen, zu erreichen.
4. Stärkung der Teilhabe, um die Ebenen der Governance zu verbessern.

## Spezifische Empfehlungen

1. Schaffung einer europäischen Struktur gegen Armut (Observatorium/Agentur).
2. Einführung eines neuen europäischen Programms gegen Armut im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung, das in der Lage ist, die Strategie zur sozialen Eingliederung zu stärken und einige ihrer größten Nachteile zu überwinden.
3. Entwicklung eines Paketes gemeinsamer Mindeststandards (Beihilfen und Dienstleistungen), damit soziale Rechte effektiv werden.
4. Erfolgreiche Vorbereitung, Organisation und erfolgreiches Follow-up des Europäischen Jahres der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010.

## Die portugiesische Ratspräsidentschaft weckt große Hoffnungen

Im Jahr 2000 hat die Europäische Union einen Prozess des gegenseitigen Lernens im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Gang gesetzt. Sieben Jahre später stehen wir an einem

Scheideweg: Im Rückblick auf vergangene Verpflichtungen und Errungenschaften und angesichts künftiger Ambitionen und Ziele sind wir immer noch mit der täglichen Realität konfrontiert, dass offiziell 78 Millionen Menschen in der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, wobei wenig auf bedeutende Verbesserungen dieser Situation hinweist.

Und doch weckt die portugiesische Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli 2007 beginnt und bis Ende des Jahres dauert, große Hoffnungen. In den nächsten sechs Monaten wird Portugal nämlich die Geschicke der Europäischen Union zu einem interessanten Zeitpunkt leiten, da eine Kombination von Faktoren besteht, die sich als sehr günstig erweisen können, um die soziale Eingliederung wieder in den Mittelpunkt der europäischen Anliegen und Strategien zu rücken.

Vor kurzem (am 25. März) hat die EU den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert. Zur Zeit herrscht die allgemeine Ansicht, dass das "europäische Projekt" einen neuen Antrieb braucht, dessen Hauptziel die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes und der Solidarität sein muss.

Für den Verlauf der portugiesischen Ratspräsidentschaft wird erwartet, dass die Debatte über den Verfassungsvertrag wieder aufgegriffen wird. Diese Debatte wird für den Kampf gegen Armut von besonderer Bedeutung sein, denn egal, wie die Ergebnisse aussehen werden: Der soziale Zusammenhalt wird im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen.

Was die Lissabonner Strategie angeht, so wird während der portugiesischen Ratspräsidentschaft der Revisionsprozess der "integrierten Leitlinien" beginnen. Dies wird zweifellos eine exzellente Möglichkeit sein, die Dimensionen der sozialen Eingliederung und des Kampfes gegen Armut zu stärken.

Und schließlich ist 2007 das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle. Dieser glückliche Zufall sollte Fortschritte bei politischen Entscheidungen zusätzlich erleichtern und die Strategien gegen Armut voranbringen.

Weitere Informationen zur Initiative "Von Lissabon nach Lissabon" finden Sie unter: [www.reapn.org](http://www.reapn.org)

## Neues aus Deutschland ...

### Die Nationale Armutskonferenz wählte Dr. Wolfgang Gern zu ihrem neuen Sprecher

**Berlin, 25.04.2007** - In das Amt als nak-Sprecher wurde Wolfgang Gern, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau, von der Delegiertenversammlung der nak gewählt. Wolfgang Gern würdigte in seiner Vorstellung als Kandidat die nak als den einzigen Ort auf der Bundesebene, an dem die Selbsthilfe- und Betroffenenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Wohlfahrtsverbände so strukturiert zusammenkämen und gemeinsame Positionen erarbeiteten. Sie sei auf dem besten Wege, ein anerkannter unabhängiger Faktor im politischen Meinungsbildungsprozess zu werden. Gern versicherte den Delegierten, in seiner Amtszeit alles zu tun, um die Bekämpfung der Kinderarmut auf der Tagesordnung der politisch Verantwortlichen zu halten.

Zur stellvertretenden Sprecherin wurde erneut Erika Biehn gewählt. Erika Biehn ist 2. Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.

Wolfgang Gern dankte dem Vorgänger im Amt, Hans-Jürgen Marcus, für drei Jahre hoch engagierter Arbeit. Marcus habe wesentlich zu dieser in Politik und Medien beachteten Rolle der nak beigetragen.

Das in der Amtszeit von Marcus zustande gekommene erste bundesweite Treffen von Menschen mit Armutserfahrung wird



durch die nak im Jahr 2007 fortgeführt. Der nak ist es ein Anliegen, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, an politischen Maßnahmen der Armutsbekämpfung als Experten in eigener Sache mitbestimmen können. Darüberhinaus will die nak das Thema Kinderarmut auf der politischen Agenda halten und sich dafür einsetzen, dass die Regelsatzleistungen für Kinder für Sonderbedarfe geöffnet werden. Dies gilt besonders bei der Einschulung von Kindern, der Finanzierung von Lernmittel, aber auch für Mittagessen im Rahmen von Ganztagsbetreuung oder bei den Kosten für die Fahrt zur Schule.



The reference portal  
on poverty and social exclusion  
in Europe

*Nachrichten aus dem Netz* möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)

Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortliche für die Veröffentlichung: Audrey Gueudet

EAPN, Square de Meeûs - B-1050 Brussels  
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:  
[team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

**Diese Veröffentlichung kommt mit Unterstützung**

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend zustande.